

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 6 Informelle Klausurtagung der Parteiführung in Beidaihe

Wie in jedem Sommer traf sich in der ersten Augushälfte die Führung der Kommunistischen Partei Chinas zu einer Klausurtagung in dem Badeort Beidaihe an der Küste der Provinz Hebei. Die vom Politbüro vorbereitete Tagung hat den Rang einer informellen zentralen Arbeitskonferenz, auf der wichtige Strategiefragen erörtert und Grundsatzentscheidungen für das weitere Vorgehen in zentralen Politikbereichen getroffen werden; diese werden dann gewöhnlich auf der anschließenden Plenartagung des ZK der Partei im Herbst offiziell bestätigt.

Tagesordnung der am 31. Juli eröffneten Klausurtagung ebenso wie der genaue organisatorische und zeitliche Rahmen unterstehen einem offiziellen Diskretionsgebot. Dies hat nicht etwa zur Folge, dass keine Informationen über Tagungsverlauf und -inhalte erhältlich wären, wohl aber, dass mangels einer verbindlichen offiziellen Darstellung die vorhandenen Berichte teilweise stark voneinander abweichen. Je nach anonymer „Beijinger Quelle“, auf die die größtenteils in Hongkong verbreiteten Berichte jeweils zurückgreifen, werden andere Prioritäten und Details der Tagung in Beidaihe transportiert.

Drei Hauptthemen der diesjährigen Klausur werden aber relativ stabil dokumentiert. Es handelt es sich um (1) die Nachfolge Jiang Zemin's in seinen verschiedenen politischen Ämtern und die „Vierte Führungsgeneration“ allgemein, (2) die Taiwanfrage und (3) Maßnahmen zur Vorbereitung des bevorstehenden Beitritts Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO).

Gemäß der Beijing-nahen, allgemein gut informierten Hongkonger Zeitschrift *Guangjiaojing* ist Jiang Zemin entschlossen, seine Ämter des Staatspräsidenten, des Generalsekretärs der Partei und des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission in den kommenden Jahren schrittweise abzugeben. Für die Übergabe des Amtes

des Staatspräsidenten an den gegenwärtigen Stellvertreter in diesem Amt wird bereits der März 2001 gehandelt. Dagegen wird Jiang das Amt des Generalsekretärs erst im Herbst 2002 abgeben, dem anberaumten Datum für den 16. Parteitag - Jiang selbst, aber auch viele andere Angehörigen der Führung würden einer starken und stabilen Parteispitze zunehmend große Bedeutung beimessen (*Guangjiaojing*, 2000/8, S.10-13). Die Beijing-kritische Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* will dagegen erfahren haben, dass sich in Beidaihe mehrere hochrangige Politiker, darunter Ministerpräsident Zhu Rongji, dafür ausgesprochen hätten zu erwägen, ob Jiang Zemin sein Amt als Generalsekretär nicht über den Herbst 2002 hinaus behalten sollte. Angesichts der großen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, die auf China in den nächsten Jahren zukämen, und angesichts des Mangels an einem Nachfolger mit unumstrittener Führungsautorität könnte es für die stabile Entwicklung des Landes zuträglich sein, wenn Jiang Zemin noch einige Zeit das Heft in der Hand behielte (ZM, 2000/9, S.10). Jiang selbst soll sich nicht abschließend zu dieser Frage geäußert, sondern gewünscht haben, die endgültige Entscheidung bis ins nächste Jahr zu vertagen (SCMP, 26.8.00).

Zur Taiwanfrage führt die Zeitschrift *Guangjiaojing* aus, dass die Führung in Beidaihe übereingekommen sei, in Zukunft eine weniger konfrontative Strategie gegenüber der Insel zu fahren. Man habe erkannt, dass man sich in der Vergangenheit zu isoliert auf das Verhalten der politischen Führung Taiwans konzentriert und so übergeordnete Fragen des Verhältnisses zur Bevölkerung Taiwans insgesamt aus den Augen verloren habe. Die diplomatische Sackgasse in den Verhandlungen mit dem früheren Präsidenten Taiwans, Li Denghui, und seinem jetzigen Nachfolger, Chen Shuibian, hätten zu bilateralen „Missverständnissen“ und internationalen Ressentiments geführt, die wiederum populären Unabhängigkeitsbestrebungen in Taiwan Auftrieb gegeben hätten. Angesichts dieser Erkenntnis habe man sich daher zu einer neuen Strategie der Annäherung entschlossen. Auf verschiedenen Kanälen solle dazu unter-

halb der diplomatischen Ebene der direkte Austausch zwischen den Bewohnern auf beiden Seiten der Taiwanstraße intensiviert und ihre gegenseitige Verständigung gefördert werden. Das „Ein-China“-Prinzip könne dabei freilich nicht aufgegeben werden, vielmehr sollte die taiwanesischen Bevölkerung durch einen Verzicht auf weitere Konfrontation von den Vorteilen des Modells „Ein Land, zwei Systeme“ überzeugt werden (*Guangjiaojing*, 2000/8, S.10-13).

Zur Frage des bevorstehenden WTO-Beitritts sollen die Herausforderungen diskutiert worden sein, die China in den kommenden Jahren zu erwarten hat. Nicht nur der internationale Konkurrenzdruck, mit dem Chinas Wirtschaft konfrontiert werden wird, sondern auch die politischen Gefahren einer „Verwestlichung“ und „Spaltung“ des Landes durch „feindliche ausländische Kräfte“ sollen erörtert worden sein. In beiderlei Hinsicht sei erhöhte Alarmbereitschaft geboten; die Wahrung der Stabilität und Sicherheit des Landes habe oberste Priorität (ebenda).

Laut Bericht der ebenfalls Beijing-nahen Zeitschrift *Jingbao* sollen außerdem die Reform der Staatsbetriebe, die Entwicklungsstrategie für Zentral- und Westchina sowie die Korruptionsbekämpfung und die ideologische Arbeit Schwerpunktthemen der Diskussionen in Beidaihe gewesen sein. Was das letzte Thema angeht, so spielte die Kanonisierung des theoretischen Gedankengebäudes Jiang Zemin's und seine Gedanken zum Parteaufbau während der Tagung eine prominente Rolle. Voraussichtlich wird dieses Theoriegebäude Anfang nächsten Jahres in Gestalt zweier Bände von „Ausgewählten Werken Jiang Zemin's“ öffentlich gemacht werden (JB, 2000/9, S.20-22; vgl. auch *Ching Chi Jih Pao*, 31.7.00, nach SWB, 1.8.00).

Die ebenfalls Beijing-kritische Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* nennt darüberhinaus einige interessante organisatorische und inhaltliche Details der Sommerklausur in Beidaihe. So sollen während der ersten Plenumsphase vom 31. Juli bis 5. August mehrere richtungweisende Reden zu den Themen soziale und politische Stabilität (Zhu Rongji), Vierte Führungsgeneration (Hu Jintao), Korrup-

tionsbekämpfung (Wei Jiangxing) sowie Parteaufbau und ideologische Arbeit (Jiang Zemin) gehalten und diskutiert worden sein. In einer zweiten Phase ab dem 7. August sollen sich daraufhin einzelne Arbeitsgruppen mit den Themen Parteaufbau, Reorganisation der Regierungsorgane, Regionalpolitik und soziale Stabilität, Reform der Staatsunternehmen sowie weiteren Strategien für die Reform der Wirtschaftsstrukturen befassen haben (*Dongxiang*, 2000/8, S.9, 10).

Wie dieselbe Quelle mitteilt, sollen außerdem fünf neue Führungsgruppen des ZK der Partei gegründet worden sein. Im Einzelnen werden genannt (ebenda):

- Führungsgruppe für die Vorbereitungsarbeit zum 16. Parteitag unter der Leitung von Jiang Zemin und Hu Jintao (Arbeitsbeginn mit der 5. Plenarsitzung des 15. ZK im Herbst d.J.);
- Führungsgruppe für die Erarbeitung des zehnten Fünfjahresplanes (2001-2005) zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter der Leitung von Zhu Rongji und Li Lanqing (zu Details des neuen Fünfjahresplanes in den Bereichen Regionalentwicklung, Landwirtschaft, Berufsbildung, Verteidigung, Armutsbekämpfung, Umweltschutz, Wirtschaftswachstum, Informationstechnologie und Konvertibilität der Währung vgl. auch *Tai Yang Pao*, 31.7.00, nach SWB, 1.8.00);
- Führungsgruppe für die Arbeit im Bereich des Parteaufbaus unter der Leitung Hu Jintaos und Wei Jianxings;
- Führungsgruppe für die Arbeit im Zusammenhang mit unvorhergesehenen Zwischenfällen und Unfällen unter der Leitung von Zhu Rongji und Qian Qichen;
- Führungsgruppe für die Entwicklung von Rüstungstechnologien unter der Leitung Li Lanqings und Wu Bangguos.

Bemerkenswert scheint insbesondere die Einrichtung einer Führungsgrup-

pe für den Umgang mit Zwischenfällen und Unfällen. Unter der Leitung von Zhu Rongji, der in jüngerer Zeit wiederholt vor sich mehrenden Zeichen sozialer und politischer Destabilisierung gewarnt haben soll, dürfte die Aufgabe dieser Gruppe darin bestehen, der Ausbreitung sozialer Unruhen vorzubeugen, wie sie im Zusammenhang mit wachsender Arbeitslosigkeit und steigenden internationalen Wettbewerbsdrucks erwartet werden kann. -hol-

## 7 Pläne für umfassende Reform des Kadersystems in den kommenden zehn Jahren

Die Organisationsabteilung des ZK der Partei und das Ministerium für Personalangelegenheiten legten im August einen Plan für eine umfassende Reform des Kadersystems für die Jahre 2001-2010 vor. Das vom Allgemeinen Büro der Partei verlautbarte Dokument wurde in den offiziellen Medien breit kommentiert (XNA, 13., 17., 20., 22.8.00). Im Fall einer tatsächlichen Umsetzung der Pläne könnten die Reformen zu einem tiefgreifenden Wandel der personellen Grundlagen der parteistaatlichen Herrschaft führen.

Die Pläne, die sich auf die Bereiche der öffentlichen Verwaltung und der Staatsbetriebe beziehen, sehen vor, das bisherige Kadersystem unter folgenden Gesichtspunkten zu reformieren (ebenda):

\* Die Rekrutierungsmechanismen für parteistaatliche Verwaltungsinstitutionen und für Staatsbetriebe sollen erweitert werden. Wurde bisher die Mehrzahl der Ämter durch ein „Hochdienen“ entlang der parteiinternen Karriereleiter besetzt, wobei persönliche Empfehlungen durch Vorgesetzte - bzw. die nahe liegende Variante des Nepotismus - eine wichtige Rolle spielten, so sollen in Zukunft verstärkt Prüfungen eingeführt werden. Damit soll die Verwaltungskarriere für einen breiteren Kreis von Bewerbern aus dem Hochschulbereich und anderen Qualifikationsfeldern geöffnet werden und Wettbewerbsprinzipien verstärkt Einzug halten. Seit 1996 wurden nach offiziellen Zahlen 4.400 „gewöhnliche Bürger“ durch offene Prüfungsverfahren in Gestalt schriftlicher und

mündlicher Tests in den öffentlichen Dienst rekrutiert (XNA, 12.8.00). Die Zahl soll in den kommenden Jahren ausgeweitet werden.

\* Die Pläne sehen eine systematische Verjüngung des Verwaltungspersonals vor. Danach soll in den kommenden Jahren insbesondere die Generation zum Einsatz kommen, die in den 1960er Jahren geboren und in den 1980er Jahren Hochschulabschlüsse erworben hat. Für parteistaatliche Institutionen unterhalb der Provinz- bzw. Ministerialebene soll eine Regelung eingeführt werden, die vorsieht, dass Führungskader je nach administrativem Rang mit Erreichen des 52., 55. bzw. 58. Lebensjahres in den Vorruhestand treten und ihre Ämter jüngeren Nachfolgern zur Verfügung stellen. Die Provinz Guangdong spielt hier eine Vorreiterrolle: Seit Beginn dieses Jahres sollen auf der Abteilungsleitersebene 1.136 Personen (94% der Stellen auf dieser Ebene) durch offene Examen in den öffentlichen Dienst rekrutiert worden sein. Die Zahl der unter 35-Jährigen sei damit von 55 auf 131 gestiegen. Die hohe Zahl lässt sich allerdings im Fall Guangdongs damit erklären, dass hier im Zusammenhang mit den Antikorruptions-Kampagnen seit 1998 ein großangelegter Personalaustausch nötig geworden war (vgl. C.a., 2000/7, S.769-784). Insgesamt allerdings scheint die Bereitschaft für eine Verjüngung des Personals gerade auf den unteren Verwaltungsebenen nur beschränkt vorhanden zu sein; man erwartet zuerst von den zentralen Instanzen in Beijing, dass sie mit gutem Beispiel vorangehen (XNA, 6.8.00; *Ming Pao*, 7.8.00, nach SWB, 8.8.00).

\* Leistungsbezogene Anreizmechanismen sollen in Zukunft eine stärkere Rolle spielen. Statt der bisherigen lebenslangen, unkündbaren Anstellung soll die Anstellung in Zukunft befristet erfolgen. Bei mangelnder Leistungsbereitschaft eines Mitarbeiters wird es danach möglich sein, diesen zu versetzen oder ihm zu kündigen. Auch die Einkommen sollen zukünftig stärker nach leistungsbezogenen Kriterien gestaffelt werden (XNA, 13., 22.8.00).

\* Ferner sind häufigere Stellenwechsel innerhalb der öffentlichen Verwaltung bzw. der Staatswirtschaft vor-

gesehen. Im letzten Jahr sollen nach offiziellen Angaben 140.000 öffentliche Bedienstete ihre Stellen gewechselt haben, darunter 35.000 auf zentraler Ebene. Allein in den Zollbehörden sollen in den vergangenen Jahren knapp 8.000 Personen ihre Stelle gewechselt haben (XNA, 31.7.00). Gerade diese letzte Zahl weist darauf hin, dass die Maßnahme in eindeutigen Zusammenhang mit der Bekämpfung von Korruption und Schmuggel steht.

\* Schließlich soll die Aufsicht über die Besetzung von Führungsstellen sowie die Amtsaufsicht allgemein verstärkt werden (XNA, 31.7., 22.8.00). Auch diese Maßnahme dürfte im Zusammenhang mit der Korruptionsbekämpfung stehen.

Neben dem Ziel der Bekämpfung des Problems grassierender offizieller Korruption dürften die Reformpläne auch dem Ziel einer Verbesserung der Leistungs- und Steuerungsfähigkeit der parteistaatlichen Institutionen dienen. Eine Verjüngung, bessere fachliche Qualifikationen und ein damit verbundener tendenzieller Abbau von persönlichen Hörigkeiten könnte im Idealfall tatsächlich zu einer Effizienzsteigerung der staatlichen Verwaltung führen. Allerdings ist die Realisierbarkeit der ehrgeizigen Reformpläne insofern mit Vorsicht zu beurteilen, als die Widerstände von Seiten der Träger bürokratischer „vested interests“ gerade auf lokaler Ebene sehr groß sind. Auch dürfte die über Jahrzehnte gepflegte politische Kultur persönlicher Seilschaften und Netzwerkbeziehungen nicht innerhalb weniger Jahre zu verändern sein. -hol-

## 8 Das Dilemma der Korruptionsbekämpfung: Rigide Strafen einerseits, Berichtsverbote und personeller „Bestandsschutz“ andererseits

Die Korruptionsbekämpfung in der VR China schreibt in der jüngeren Vergangenheit immer neue Rekorde. Der jüngste Rekord bestand in der Nachricht, dass der ehemalige Gouverneur der autonomen Region Guangxi und stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses, Cheng Kejie, und damit der höchste Politiker seit Gründung der Volks-

republik, wegen Korruption zum Tode verurteilt worden ist. Gemeinsam mit seiner Geliebten Li Ping, die zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, war Cheng für schuldig befunden worden, in seiner Funktion als Gouverneur in den Jahren 1990 bis 1998 Bestechungsgelder in Höhe von 41 Mio. Yuan (rund 10 Mio. DM) angenommen und dafür Firmenaufträge vergeben, staatliche Grundstücke billig veräußert und Beförderungen erwirkt zu haben. Entgegen zahlreich geäußerten Zweifel ist das Urteil an Cheng Kejie inzwischen nach zweifach abgelehnter Berufung am 7. September tatsächlich vollstreckt worden (XNA, 31.7., 9.8.00; SCMP, 1., 3.8.00; CND, 15.9.00; AWSJ, 1.8.00; HB, 1.8.00; vgl. auch C.a., 2000/4, Ü 12, 2000/7, Ü 10).

Vor Cheng Kejie sind in diesem Jahr bereits an zwei anderen ranghohen Politikern Todesurteile wegen Korruption vollstreckt worden. Im März wurde der ehemalige stellvertretende Gouverneur der Provinz Jiangxi, Hu Changqing, und im April der vormals zweite Bürgermeister der Stadt Guigang, Li Chenglong, hingerichtet. Jiang Zemin soll persönlich auf die Verhängung der rigiden Strafmaße hingewirkt haben, um die Entschlossenheit der Führung bei der Bekämpfung der Korruption zu demonstrieren (SCMP, 3.8.00; HB, 1.8.00; vgl. C.a., 2000/3, Ü 16).

Auf der anderen Seite der Medaille der Korruptionsbekämpfung steht allerdings die Furcht der parteistaatlichen Führung vor einem wachsenden Unmut der Bevölkerung über die immer neu bekannt werdenden Rekorde offizieller Korruption. Galt es bisher als durchaus akzeptabel, ja geradezu als „politisch korrekt“, korruptes Verhalten einzelner Funktionäre als individuelle Abweichung vom Pfad kommunistischer Tugend zu kritisieren, so wurden zuletzt mehrere Meldungen über eine verstärkte Zensur entsprechender Berichte laut. Offenbar sieht sich die parteistaatliche Führung zunehmend genötigt, die Welle öffentlicher Empörung einzudämmen, die seit dem Bekanntwerden der jüngsten Korruptionsskandale durch die Medien wogt, und ein Umschlagen der öffentlichen Stimmung zu verhindern.

Gerade auch das über Cheng Kejie verhängte Todesurteil hat zu einem „Hochkochen“ des Volkszorns beigetragen. So hat sich das neue Medium des Internets als Forum einer hochgradig zynischen Diskussion über das Phänomen offizieller Korruption entpuppt. In verschiedenen „chat rooms“ wurden etwa Aussagen verbreitet wie: „[Cheng Kejie] ist im wörtlichen Sinn ein politisches Opfer, auch wenn er persönlich durch und durch korrupt ist.“ oder „Tötet diesen einen, und viele korrupte Funktionäre werden nachkommen.“ (SCMP, 1.8.00)

Für Aufsehen hat ein Vorfall im staatlichen Rundfunksender der Provinz Guangdong gesorgt. In einer in ganz Südchina sehr beliebten, zur besten abendlichen Sendezeit „live“ ausgestrahlten politischen Diskussionssendung war ein zugeschalteter Zuhörer mit der Aussage zu vernehmen: „Gegen eine so korrupte Regierung ist kein Kraut gewachsen - es sei denn, die Regierung tritt geschlossen zurück“. Der Rundfunksender wurde daraufhin vom Provinzparteikomitee heftig dafür kritisiert, den subversiven Beitrag nicht gelöscht zu haben. Wie in diesem Zusammenhang klar wurde, werden so genannte „Live“-Sendungen in den staatlichen Medien tatsächlich nicht *live*, sondern mit einer geringen zeitlichen Verzögerung von mehreren Sekunden ausgestrahlt, die es erlaubt, unerwünschte Passagen auszublenden. In der betreffenden Sendung war also eine technische Panne in der Zensur unterlaufen, für die die zuständigen Mitarbeiter zur Verantwortung gezogen wurden (Information Centre for Human Rights and Democracy, 4.8.00, nach SWB, 7.8.00; SCMP, 5.8.00).

Offenbar vor diesem Hintergrund wird auch hinsichtlich der Aufklärung des berüchtigten Schmuggelskandals von Xiamen, der sich inzwischen auch auf die Städte Shenzhen und Shanghai ausgedehnt hat, zunehmend Diskretion gewahrt. Während die offiziellen Medien über Korruptionsvorfälle kleineren Kalibers nach wie vor regelmäßig berichten, wird der Fall von Xiamen, in den einige Mitglieder der zentralen Führung verwickelt sein sollen, augenfällig aus der Berichterstattung ausgespart (vgl. zu dem Fall C.a., 2000/1, Ü 7, 2000/2, Ü 13). Verlage und Filmproduzenten sollen inzwischen landesweit angewiesen worden

sein, keine Bücher oder Filme zum Xiamener Skandal zu publizieren, um eine „Sensationalisierung“ des Themas zu vermeiden. Der Beijinger „Reform Verlag“ soll geschlossen worden sein, nachdem er ein Buch über offizielle Bestechungspraktiken herausgebracht hat (Hong Kong iMail, 11.8.00, nach SWB, 12.8.00; Information Centre for Human Rights and Democracy, 23.8.00, nach SWB, 25.8.00).

Hinter der neuen Zurückhaltung in der offiziellen Kritik am Phänomen grassierender Korruption dürften sich außerdem Überlegungen zum „Bestandsschutz“ der „Spezies“ der Parteifunktionäre verbergen, nachdem das „ökologische Gleichgewicht“ des kommunistischen Kaderwesens durch die intensive Aufklärungsarbeit zunehmend gestört wird. Da die aufgedeckten Skandale bis in die höchsten Partei-, Militär- und Regierungskreise reichen, droht die personelle Machtbasis der Kommunistischen Partei in Gefahr zu geraten (vgl. C.a., 2000/7, S.769-784).

In diesem Zusammenhang will die Beijing-kritische Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* von einem internen Dokument erfahren haben, das seit Mitte August in der Parteiführung zirkulieren soll. Darin soll Jiang Zemin persönlich neun Kriterien empfohlen haben, die als Legitimation herangezogen werden könnten, um der Korruption überführte Parteikader vor Degradierung und Parteiausschluss zu bewahren und trotz ihres Fehlverhaltens in den Reihen einsatzfähiger Funktionäre zu belassen. Korrupte Parteimitglieder seien etwa dann zu „verschonen“, wenn sie in der Vergangenheit besondere Verdienste bei der Wahrung der politischen und ideologischen Einheit der Partei oder der Bekämpfung lokaler und regionaler Egoismen gezeigt hätten, wenn sie sich nicht intrigant verhalten oder in ihrer Arbeit öffentlichen Unmut erregt hätten, wenn sie veruntreute Gelder nicht zur persönlichen Bereicherung, sondern zur Finanzierung von kollektiven Aktivitäten (Banketten etc.) verwendet hätten, um das Prestige der ihnen unterstehenden Behörde zu verbessern, wenn die Erheischung eigener Vorteile durch korrupte Praktiken nicht zu einer signifikanten Schädigung des Staates geführt hätte und wenn sie Bereitschaft zeigten, unrechtmäßig erworbene Gelder und andere

Vermögenswerte an den Staat zurückzugeben; auch sollte bereits im Ruhestand befindlichen Parteimitgliedern der Ausschluss aus der Partei erspart bleiben, wenn sie korrupte Tätigkeiten selbst aufdeckten (ZM, 2000/9, S.17, 18).

Harten Strafen sollten hingegen solche Parteifunktionäre unterzogen werden, die „in Führungsämtern in politischer und ideologischer Hinsicht ihren eigenen Weg gehen, in exzessiver Weise regionen- und behördenüberspannende korrupte Aktivitäten betreiben, welche bis nach Hongkong, Macau und ins Ausland ausstrahlen und den Volkszorn erregen, und die schließlich mit ausländischen Geschäftsleuten gemeinsame Sache machen“ (ebenda).

Schließlich soll Jiang Zemin explizit verboten haben, bei der Korruptionsbekämpfung zu Mitteln der „Massenkampagne“ zu greifen, nicht freigegebene Materialien zu veröffentlichen, eigenmächtig in der Öffentlichkeit Namen [von verdächtigten Personen] zu nennen (*luan dian ming*) und Personen zu kritisieren, sowie unter dem Vorwand der Korruptionsbekämpfung fraktionelle Machtkämpfe, politische Richtungskämpfe oder Cliquenrivalitäten auszutragen (ebenda).

Wenn der Bericht der Zeitschrift *Zhengming* richtig ist, liegt mit diesem Dokument ein konziser Ausdruck des Dilemmas der Korruptionsbekämpfung vor: So sehr die Parteiführung ihrer politischen Herrschaft genötigt ist, ihre Entschlossenheit im Kampf gegen das in der Bevölkerung wachsenden Unmut erregende Übel der Korruption unter Beweis zu stellen, muss sie zugleich verhindern, dass durch die Aufklärungsmaßnahmen die personelle Basis der kommunistischen Herrschaftsausübung in ihrem Bestand gefährdet wird. -hol-

## 9 Staatliche Repressionsmaßnahmen gegen christliche Kirchen und Qigong-Gruppen

Während des Monats August wurden zahlreiche staatliche Repressionsmaßnahmen gegen verschiedene christliche Kirchen sowie gegen Qigong-Gruppen in China bekannt. Von der seit über einem Jahr andauernden Verfolgung von Anhängern der Falungong-

Bewegung ausgehend scheint die Repression religiöser Bewegungen und traditioneller Meditationsgruppen damit immer weiter auszustrahlen.

Nach Hongkonger Quellen zu urteilen war die in der Provinz Henan angesiedelte „China Fangcheng Church“ in diesem Monat am stärksten von Repressionen betroffen. Diese christliche Hauskirche, der angeblich rund eine halbe Million Mitglieder angehören, soll sich bislang geweigert haben, sich der staatlich kontrollierten „Patriotischen Katholikenvereinigung Chinas“ anzuschließen. Diese Weigerung sowie die Verbindung der Kirche zu ausländischen Organisationen dürfte ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass die parteistaatliche Führung die Fangcheng-Kirche (parallel zur Falungong-Bewegung) als „Kult“ eingeordnet und damit kriminalisiert hat.

Im Dezember 1999 ist der Gründer der Hauskirche, Zhang Rongliang, zu zwei Jahren Umerziehungshaft verurteilt, aus medizinischen Gründen aber anschließend von der Haft freigestellt worden. Am 23. August wurden nun 130 Angehörige der Kirche während eines Treffens festgenommen. International hat diese Maßnahme Aufsehen erregt, weil sich unter den Festgenommenen auch drei in Taiwan geborene Missionare mit amerikanischer Staatsbürgerschaft befanden. Diese wurden innerhalb weniger Tage auf freien Fuß gesetzt, um daraufhin einen Appell an die Adresse Jiang Zemins zu richten, in dem sie die Fangcheng-Kirche als normale, auf die Bibel gestützte christliche Gruppierung beschrieben und die Freilassung der verhafteten Personen forderten. Ungeachtet dieses Appells sollen von den 130 Personen inzwischen 85 angeklagt worden sein; ihnen dürften mehrjährige Haftstrafen bevorstehen (Information Centre for Human Rights and Democracy, 24., 25., 28.8.00, nach SWB, 25., 30.8.00; RTHK Radio 3, 25.8.00, nach SWB, 28.8.00; SCMP, 31.8.00; NZZ, 25.8.00; IHT, 5.9.00).

Wie Ende August ferner bekannt wurde, sind im August in anderen Landesteilen mindestens weitere 50 Angehörige christlicher Kirchen festgenommen worden. So sollen am 2. August in der Provinz Hubei 31 Personen, am 10. August in der Provinz He-

nan zwölf Personen und am 24. August in der Provinz Shanxi sieben Personen verhaftet worden sein. Es liegen keine Informationen darüber vor, welchen christlichen Gruppierungen die Verhafteten jeweils angehörten. Der Mehrzahl von ihnen dürften Umerziehungsstrafen bevorstehen (Information Centre for Human Rights and Democracy, 27.8.00, nach SWB, 30.8.00).

Dem Hongkonger „Information Centre for Human Rights and Democracy“ liegt eine Liste christlicher Kirchen vor, die offiziell als „Kulte“ kategorisiert worden sind. Zum größten Teil dürfte es sich dabei um Kirchen der protestantischen Glaubensrichtung handeln. Die genannten Kirchen sind (chinesische Bezeichnungen sind leider nur im Ausnahmefall bekannt):

- China Evangelistic Fellowship
- China Fangcheng Church
- Total Scope Church
- Shouters Sect
- Disciples Sect
- Three Shifts of Servants Sect
- Established King Sect
- Eastern Lightning Sect
- Supreme Spirit Sect (chin: Zhushen jiao)
- Lingling Sect
- New Testament Church
- Absolute Sect
- Cold Water Sect
- Blood Water and Sacred Spirit Bless Preaching Group (Information Centre for Human Rights and Democracy, 24.8.00, nach SWB, 25.8.00).

Nach offiziellen Angaben der chinesischen Regierung gibt es in China gegenwärtig rund zwölf Millionen protestantischer und fünf bis sechs Millionen katholischer Christen; nach Schätzungen chinesischer und ausländischer Experten dürften die Zahlen allerdings bei rund 30 Millionen Protestanten und 10 Millionen Katholiken liegen, wenn man die Angehörigen der

zahlreichen nicht offiziell registrierten Kirchen hinzuzieht. Angesichts dieser Zahlen scheint die Angst der parteistaatlichen Führung vor einem unkontrollierten Anwachsen religiöser Kräfte verständlich, die grundsätzlich als Herausforderung des Machtmonopols der Kommunistischen Partei wahrgenommen werden. Angeblich soll Deng Xiaoping 1996 Jiang Zemin gegenüber geäußert haben, dass die Bedrohung der politischen Herrschaft in China in Zukunft von der Religion ausgehen werde (XNA, 23.8.00; Information Centre for Human Rights and Democracy, 27.8.00, nach SWB, 30.8.00).

Anlässlich des im Rahmen der Vereinten Nationen Ende August in New York veranstalteten Welt-Religionsgipfels zeichnete der Vertreter der chinesischen Delegation, der Religionsführer und Präsident der „Patriotischen Katholikenvereinigung Chinas“, Fu Tieshan, hingegen ein sehr positives Bild der Religionsfreiheit in der Volksrepublik. Die fünf großen staatlichen anerkannten Religionen, nämlich Buddhismus, Daoismus, Islam, Katholizismus und Protestantismus (oft missverständlich übergreifend als „Christentum“ bezeichnet) hätten in den vergangenen zwanzig Jahren einen erheblichen Zulauf erfahren. Insgesamt seien in China inzwischen über 100 Millionen Anhänger, über 3.000 religiöse Gemeinschaften, über 85.000 religiöse Ritualstätten und über 300.000 Geistliche der verschiedenen Religionen zu verzeichnen. Glaubensfreiheit und die Ausübung „normaler“ religiöser Aktivitäten würden von der Verfassung und den Gesetzen des Landes geschützt; auch politische Partizipationsmöglichkeiten religiöser Vertreter seien durch ihre Einbindung in die Politische Konsultativkonferenz gewährleistet. Die rapide Entwicklung der fünf Religionen in China sei positiver Ausdruck der gesellschaftlichen Diversifizierung im Zuge der Wirtschaftsreformen sowie des kulturellen Reichtums des Landes. Als problematisch hob Fu Tieshan allerdings hervor, dass die „Nachfrage“ nach religiöser Betätigung das bestehende „Angebot“ übersteige. Dies führe dazu, dass zunehmend viele Gläubige, die Fu mehrheitlich als weibliche Personen fortgeschrittenen Alters mit niedrigem Bildungsniveau und gerin-

gen religiösen Kenntnissen charakterisierte, Opfer häretischer Gruppierungen und illegaler Kulte würden. Es gelte daher in Zukunft verstärkt, die fünf offiziell anerkannten Religionen effektiver gegenüber dem Einfluss solcher häretischen Kulte zu schützen (XNA, 23.8.00; SZ, 30.8.00).

Neben den genannten christlichen Kirchen wurden im August auch weitere staatliche Repressionsmaßnahmen gegen die so genannte „Zhonggong“-Gruppe, eine Meditationsbewegung unter den zahlreichen Qigong-Abarten, bekannt. Die 1988 von Zhang Hongbao gegründete, auch unter der Bezeichnung „Chinesisches Qigong für Gesundheitserhaltung und Förderung des Geistes“ bekannte Gruppe soll nach offiziellen Angaben landesweit über 38 Millionen Anhänger verfügen. Nach jüngsten Informationen soll die Zhonggong-Gruppe bereits seit 1996 unter offizieller Beobachtung gestanden haben. Nachdem sie im Dezember 1999 als illegale Organisation verboten worden war, wurden 3.000 ihrer größtenteils kommerziellen Einrichtungen geschlossen und zahlreiche Mitglieder verhaftet. Im August wurden drei weitere führende Mitglieder der Zhonggong-Gruppe verhaftet bzw. zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt (Information Centre for Human Rights and Democracy, 15.8.00, nach SWB, 17.8.00; SCMP, 29.8.00; FAZ, 16.8.00; vgl. C.a., 2000/3, Ü 19).

Die jüngste Verschärfung staatlicher Repressionen gegen die Zhonggong-Gruppe dürfte im Zusammenhang mit einem diplomatischen Eklat mit den USA stehen. Der Gründer der Gruppe Zhang Hongbao ist bereits vor längerer Zeit auf US-amerikanisches Territorium geflüchtet und hat dort politisches Asyl beantragt. Während die amerikanischen Behörden einer anderen Vertreterin der Gruppe bereits im Juli Asyl gewährt haben, wird eine entsprechende abschließende Entscheidung im Fall Zhangs gegenwärtig aufgeschoben, nachdem sich die chinesische Botschaft mit einer Protestnote an die Behörden gewandt hat. Die Administration unter Präsident Clinton steht unter starkem öffentlichen Druck, Zhang entgegen des offiziellen Protests Chinas Asyl zu gewähren (Information Centre for Human

Rights and Democracy, 1., 13.8.00, nach SWB, 2.8.00; SCMP, 2., 17.8.00).

Durch diesen diplomatischen Konflikt offenbar provoziert, soll Jiang Zemin nun in einem internen Parteidokument angeordnet haben, die Überwachung der Zhonggong-Gruppe zu intensivieren. Diese könnte sich in der Zukunft als noch gefährlicher als die Falungong-Bewegung erweisen, nachdem sie anders als diese gemäß einer „Strategie der Bewahrung der Kräfte“ auf eine offene Konfrontation mit den staatlichen Instanzen verzichtet habe. Ihre organisatorische Stärke liege im Betrieb tausender Unternehmen und Einrichtungen landesweit, die als kommerzielle Träger rechtmäßig registriert und geschützt seien (Information Centre for Human Rights and Democracy, 20.8.00, nach SWB, 23.8.00).

Ähnlich wie im Fall der Falungong-Bewegung soll auch die Zhonggong-Gruppe zahlreiche Funktionäre aus Partei-, Militär- und Regierungskreisen unter ihren Anhängern haben (ebenda). Dieser Umstand könnte erklären, warum die staatlichen Behörden die Gruppe zwar seit Jahren unter Beobachtung halten, aber erst so spät Maßnahmen gegen sie ergriffen haben. Die Häufung repressiver Schritte gegen diese und andere Gruppierungen macht deutlich, dass die parteistaatliche Führung gegen die wahrgenommene Bedrohung ihrer politischen Herrschaft nun mit systematischeren Schritten vorzugehen versucht. -hol-

## 10 Verschärfte Kontrollen des Internet

Die rapide Verbreitung des Internet in China hat im August erneut die staatlichen Instanzen auf den Plan gerufen. Die Zahl der registrierten Internet-Nutzer ist nach offiziellen Angaben inzwischen auf 17 Millionen gestiegen - ein Zuwachs von 100% im ersten Halbjahr 2000 -, sodass die VR China im absoluten Zahlenvergleich nun hinter den USA und Japan auf Platz drei der Internetverbreitung rangiert (FT, 5./6., 10.8.00; IHT, 10.8.00; HB, 18.8.00). Während die staatliche Führung sich einerseits zu den Vorteilen des Internet bekennt und seine Verbreitung aktiv fördert, versucht sie andererseits, die wahrgenommenen negativen Folgen für die gesellschaftliche

Stabilität und die nationale Sicherheit einzudämmen.

Am 9. August erschien im offiziellen Parteiorgan der *Volkszeitung* (und auf deren Website im Internet) ein Leitkommentar zu dem Thema. Darin wurde die Entwicklung des Internet in China mit ihren Folgen für die Entwicklung der Informationstechnologie und die Globalisierung des Kommunikationswesens positiv dargestellt. Darüber hinaus aber wurden vor allem die Gefahren ideologischer und gesellschaftlicher Auflösungserscheinungen dargestellt, die sich mit der verbreiteten Nutzung des neuen Mediums verbänden. Das Internet sei „zu einem wichtigen Kampffeld im Bereich der Ideologie und der öffentlichen Meinung, aber auch zu einem neuen Austragungsfeld von Kämpfen mit der internationalen Öffentlichkeit“ geworden. Neben fortschrittlichen, gesunden und wertvollen Informationen berge es auch eine wachsende Zahl subversiver, reaktionärer, abergläubischer und pornographischer Inhalte. Die Verbreitung der Letzteren müsse effektiver unterbunden werden, um die gesellschaftlichen und politischen Gefahren zu begrenzen. Außerdem aber müssten sich die offiziellen Medienorganisationen intensiver darum bemühen, durch eine verstärkte Internetpräsenz die Initiative der ideologischen Arbeit zu behalten und die offizielle Propaganda „attraktiver, einflussreicher und mächtiger“ zu gestalten (RMRB, 9.8.00).

Wie bekannt wurde, soll Jiang Zemin auf der informellen Klausurtagung der Partei in Beidaihe (vgl. Übersicht oben) für eine stärkere Zentralisierung des Medienwesens in China plädiert haben. Durch Fusionen bestehender Medienorganisationen könne die Position der heimischen Industrie im Vorgriff auf den bevorstehenden WTO-Beitritt Chinas verbessert und zugleich die staatliche Kontrolle der verbreiteten Inhalte erleichtert werden. Ebenfalls im August soll sich Jiang Zemin persönlich für eine verstärkte Internetkontrolle ausgesprochen haben, nachdem Sicherheitsexperten vor den Gefahren der Internetverbreitung für die Informationssicherheit des Landes gewarnt hatten (SCMP, 31.8.00).

Konkret wurden verschiedene Maßnahmen zur Kontrolle des Internets ergriffen. Anfang August gründete die Polizei in zwanzig Provinzen Spezialeinheiten für das Internet, so genannte „Büros für Computerverwaltung und -überwachung“. Diese sollen unter anderem die zahlreichen Internet-Cafes einer stärkeren Aufsicht unterziehen, indem sie illegale Betriebe schließen, das Management legaler Betriebe bei der Registrierung der Internetnutzer und der inhaltlichen Überwachung der Nutzung stärker in die Pflicht nehmen und den staatlichen Behörden Informationen über die Nutzungsweisen zukommen lassen (*Renmin Gongan Bao*, 31.7.00, nach SWB, 5.8.00). Ende August wurden von der in Beijing angesiedelten Verwaltungsbehörde für Industrie und Handel neue Bestimmungen erlassen, die die Registrierung von Websites kommerzieller Träger landesweit zur Pflicht macht und die technischen Verfahren dazu im Detail regelt (XNA, 28.8.00).

Ferner ging die staatliche Führung gegen mehrere „Internet-Dissidenten“ vor. So wurde Mitte August ein Computerlehrer in der Provinz Sichuan verhaftet, der unter dem Pseudonym „Shumin“ (einfacher Bürger) mehrere regierungskritische Internetartikel ins Internet gestellt hatte. Ihm droht eine Anklage wegen subversiver Tätigkeiten. Vor ihm waren in diesem Jahr bereits zwei weitere Personen verhaftet worden, nachdem sie Informationen über das Tiananmen-Massaker bzw. regierungskritische Artikel ins Netz eingespeist hatten. Anfang August wurden ferner eine prodemokratische Website geschlossen und mehrere verantwortliche Mitarbeiter verhaftet. Das so genannte „Neue Kultur Forum“ hatte seit April dieses Jahres von der Provinz Shandong aus politische Informationen im Internet verbreitet (*Guangzhou Ribao*, 20.8.00, nach SWB, 22.8.00; RTHK Radio 3, 21.8.00; nach SWB, 23.8.00; FAZ, 9.8.00; HB, 18.8.00; NZZ, 9., 24.8.00).

Die verstärkten Kontrollbemühungen machen deutlich, dass aus der schnellen Verbreitung des Internet in China nicht automatisch eine gesellschaftliche und politische Liberalisierung abzuleiten ist. Vielmehr werden die Wirkungen des Internet von der staatlichen Führung zunehmend als Gefahren wahrgenommen und zu kon-

terkarieren versucht. Zwar bestehen aus Sicht der Internetnutzer zahlreiche Möglichkeiten, Kontrollen zu umgehen, jedoch ist zugleich auch festzustellen, dass aus der Sicht des Staates relativ leichte technische Möglichkeiten bestehen, die „Surf“-Aktivitäten des einzelnen Nutzers zu überprüfen und gegebenenfalls per Einwahladresse des verwendeten Computers zurückzuverfolgen. In Verbindung mit der hochgradigen Komplexität und Undurchsichtigkeit, die das neue Medium für den Großteil der Bevölkerung aufweist, dürfte die Tatsache technischer Kontrollierbarkeit trotz der zahlreichen Betätigungsmöglichkeiten den allgemeinen Nutzer abschrecken, politisch sensitive oder sonstige heiklen Informationen abzurufen oder zu verbreiten. -hol-

### 11 Gewaltsame Bauernunruhen in Jiangxi

Nach Berichten aus Hongkong soll es Mitte August in der Provinz Jiangxi zu gewaltsamen Unruhen von bis zu 20.000 Bauern gekommen sein, die gegen eine zu hohe Steuerbelastung protestierten. Bei den Protesten dürfte es sich um die größten ländlichen Unruhen in der Region in den vergangenen Jahren handeln (RTHK Radio 3, 29.8.00, nach SWB, 31.8.00; SCMP, 30.8.00; IHT, 31.8.00).

Die Unruhen hatten am 17. August begonnen, als rund 2.000 Bauern in dem Ort Yuandu in der Nähe der Stadt Fengcheng (im Süden unweit der Provinzhauptstadt Nanchang) Gebäude der lokalen Regierungsbehörden stürmten und die Wohnungen einiger Partei- und Regierungsfunktionäre plünderten, um ihrem Unmut über exzessive Steuerforderungen Ausdruck zu geben, die angeblich bis zu zwei Dritteln ihres Einkommens aufzehrten. Auch korrupte Bereicherungspraktiken einzelner Funktionäre wurden als Grund für die Proteste angegeben. Von Yuandu sollen die Unruhen während der folgenden Tage auf drei weitere Orte namens Naitu, Duantang und Xiaotang übergesprungen sein; insgesamt sollen bis zu 20.000 Personen an den Protesten beteiligt gewesen sein.

Ab dem 23. August sollen daraufhin bis zu 2.000 Sicherheitskräfte der Pro-

vinz gegen die Protestierenden eingeschritten sein, um die Unruhen zu beenden. Im Zuge der gewaltsamen Konfrontation sollen mindestens drei Personen getötet und fünfzig Personen festgenommen worden sein. Angeblich wurde über Yuandu der Ausnahmezustand verhängt (ebenda).

Im Zusammenhang mit diesen Vorfällen dürfte eine Meldung über ein Rundschreiben der Provinzbehörden von Jiangxi stehen, die am 21. August in der offiziellen Provinzzeitung veröffentlicht wurde. Darin wurden alle Partei- und Regierungsfunktionäre zu erhöhter Alarmbereitschaft und einem verantwortungsbewussten Umgang mit den sich jüngst mehrenden sozialen Protesten und gesellschaftlichen Widersprüchen aufgerufen. Das Rundschreiben benannte mehrere Faktoren, die in den vergangenen Jahren zu einer relativen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der Provinz Jiangxi, insbesondere auch der Einkommenssituation der ländlichen Bevölkerung beigetragen hätten. Angesichts der zunehmend explosiven Stimmung in manchen Regionen liege es an Parteiorganisationen, Nachbarschafts- und Schlichtungskomitees sowie anderen Organisationen an der gesellschaftlichen Basis, vor allem aber an den lokalen Partei- und Regierungsfunktionären selbst, aufkommende Unruhen frühzeitig zu erkennen und im Keim zu ersticken. Die letztere Gruppe solle im Rahmen eines „Verantwortlichkeitssystems“ persönlich für die Gewährleistung der sozialen Stabilität vor Ort verantwortlich gemacht werden; im Fall von Versäumnissen hätten lokale Funktionäre in Zukunft mit schwerwiegenden Sanktionsmaßnahmen zu rechnen (*Jiangxi Ribao*, 21.8.00, nach SWB, 24.8.00).

Ebenfalls nach Hongkonger Angaben sollen Anfang August über 30.000 Dorfbewohner in der Provinz Shaanxi in einem gemeinsamen Brief an den Volksgerichtshof der Provinz gegen die Verhaftung eines Rechtsanwalts und mehrerer Bauern protestiert haben, die bei den Regierungsbehörden um eine Reduzierung der Steuerlast eingegeben hatten (Information Centre for Human Rights and Democracy, 11.8.00, nach SWB, 14.8.00). Auch dieses Beispiel dokumentiert den wachsenden Unmut der bäuerlichen

Bevölkerung über die Steuer- und Abgabeforderungen staatlicher Stellen angesichts der wahrgenommenen Verschlechterung ihrer Einkommenssituation in Relation zu der Einkommensentwicklung der städtischen Bevölkerung.

Laut einer taiwanesischen Quelle hat die Zahl sozialer Proteste in China im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr landesweit um 70% zugenommen (Anstieg von 60.000 registrierten Protesten im Jahr 1998 auf 110.000 im Jahr 1999); ein weiterer signifikanter Anstieg sei insbesondere in den Monaten Juli und August dieses Jahres zu verzeichnen gewesen (Central News Agency web site, Taipei, 17.8.00, nach SWB, 19.8.00).

Wie die jüngste Meldung über die Einrichtung einer ZK-Führungsgruppe für unvorhergesehene Zwischenfälle und Unfälle in Beidaihe nahelegt (vgl. Übersicht oben), wächst die Furcht der parteistaatlichen Führung vor einer Zunahme sozialer Proteste, durch die die gesellschaftliche und politische Stabilität gefährdet werden könnte. -hol-

### 12 Abschaffung des Haushaltsregistrierungssystems in ländlichen Regionen

Wie ein Vertreter des Ministeriums für öffentliche Sicherheit mitgeteilt haben soll, soll das System der Haushaltsregistrierung (chin.: *hukou*) für kleinere Städte in ländlichen Regionen abgeschafft werden. Die Abschaffung des Registrierungssystems soll es Mitgliedern bäuerlicher Haushalten erleichtern, in ländlichen Kleinstädten nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten nachzugehen (*Zhongguo Gaige Bao*, 1.8.00, nach SWB, 25.8.00).

Bislang wird in China ein striktes System der Haushaltsregistrierung praktiziert, welches ländliche und städtische Haushalte an den eingetragenen ständigen Wohnsitz bindet. Haushaltsumzüge an andere Orte wurden so erheblich erschwert, zumal der Bezug aller Arten von sozialen Leistungen von der Registrierung abhing. Hinter der Praktizierung dieses Systems verbarg sich der politische Zweck, eine Übervölkerung der Städte durch Landflucht zu verhindern.

Angesichts des nun seit über einem Jahrzehnt anhaltenden Phänomens der Migration überschüssiger landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die Städte, das durch den bevorstehenden WTO-Beitritt Chinas noch verstärkt werden dürfte, scheint sich die staatliche Führung nun zu einer proaktiven Strategie entschlossen zu haben. Man scheint realisiert zu haben, dass die administrative Beschränkung der ländlichen Migration durch das Haushaltsregistrierungssystem zunehmend ineffizient geworden ist, zumal die mit diesem System verbundenen Sozialleistungsanreize in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen haben. Stattdessen scheint man nun offenbar zu versuchen, den Trend zur Urbanisierung in kontrolliertere Bahnen zu lenken.

Nach Vorschlägen des Staatsrats sollen die bäuerlichen Haushalte in Zukunft in die Lage versetzt werden, frei darüber zu entscheiden, ob sie ihre landwirtschaftliche Tätigkeit aufgeben und in ländlichen Kleinstädten einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollen. Das Recht zur Ansiedlung in Kleinstädten solle sich daher in Zukunft nicht länger an administrativen Quoten orientieren, sondern pragmatisch davon abhängig gemacht werden, ob die Haushalte einen legalen Wohnort nachweisen können und über eine stabile Einkommensbasis verfügen (ebenda).

Für eine proaktive Strategie der Urbanisierung spricht auch die Nachricht, dass China in den kommenden zwanzig Jahren jeweils zwanzig neue Städte pro Jahr ausweisen will. Dieser Plan entspreche Prognosen, nach denen jährlich etwa 12 Millionen Einwohner ländlicher Regionen in städtische Regionen umsiedeln dürften. Der Schwerpunkt der zukünftigen Urbanisierung liege in den Gebieten Zentral- und Westchinas, in denen auch im Zuge der Förderung durch die neue Entwicklungsstrategie für diese Regionen vermehrt mittlere und größere Städte entstehen würden (XNA, 15.8.00).

Wenn es sich hier in vielen Fällen auch nur um eine schlichte definitorische Umwidmung von ländlichen Gemeinde- in Landkreisstädte handeln dürfte, so deuten die angekündigten Maßnahmen doch auf einen fle-

xibleren Umgang mit dem Problem der ländlichen Migration. -hol-

### 13 Einführung letaler Injektionen zur Vollstreckung von Todesurteilen angekündigt

Nach Angaben eines Vertreters des Obersten Volksgerichtshofs werden in China in naher Zukunft letale Injektionen zur Vollstreckung von Todesurteilen eingeführt werden (XNA, 31.8.00).

Bislang werden Hinrichtungen in China durch Schusswaffen vollstreckt. In der Öffentlichkeit häufig zynisch kommentiert wird dabei die bis heute aufrechterhaltene Praxis, den Hinterbliebenen die Kosten für die Schusspatrone in Rechnung zu stellen.

Zum ersten Mal wurden im Jahr 1997 zwei zum Tode Verurteilte in der Provinz Yunnan durch die Injektion einer tödlichen Spritze hingerichtet. Seither wurden nach offiziellen Angaben zur Weiterentwicklung der Methode über 1.000 Experimente an Tieren durchgeführt. Gegenwärtig ist die Chinesische Akademie für Medizin mit abschließenden Experimenten befasst, nach deren Beendigung die neue Hinrichtungsmethode landesweit eingeführt werden soll.

Kritiker vermuteten, dass die neue Methode dem Zweck diene, Organe von Hingerichteten für Transplantationen zu verwenden. Offizielle Vertreter bestreiten dies (SCMP, 1.9.00).

Todesurteile werden in der VR China nach wie vor als Strafen für eine breite Palette krimineller Delikte verhängt, wenn die Zahl der vollstreckten Urteile in den vergangenen Jahren auch rückläufig war. In der jüngsten Vergangenheit gelangte die Hinrichtungspraxis in der chinesischen und der internationalen Öffentlichkeit wiederholt zu zweifelhafter Prominenz, als an mehreren hochrangigen Funktionären Todesurteile wegen Korruptionsdelikten vollstreckt wurden (vgl. Übersicht oben). -hol-

---



---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---



---

### 14 Weiterer Hochschulzusammenschluss

Anfang August wurde in Wuhan die neue Universität Wuhan (*Wuhan daxue*) gegründet. Sie entstand durch Zusammenlegung der bisherigen Universität Wuhan, der Wuhaner Hochschule für Wasserbau und Elektrizität, der Wuhaner Hochschule für Vermessungswissenschaft und -technik sowie der Medizinischen Hochschule Hubei. Während diese tertiären Bildungsinstitutionen bisher verschiedenen staatlichen Stellen unterstanden, ist jetzt das Bildungsministerium zuständig. Betrieben wird die neue Universität, die eine Schwerpunkteinrichtung bleibt, gemeinsam von der Zentralregierung und der Provinzregierung Hubei. Bei der jetzt neu gebildeten Universität handelt es sich um eine umfassende Bildungsinstitution mit elf Fakultäten: Literatur, Jura, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Agrarwissenschaft, Medizin, Geschichte, Wirtschaftswissenschaft, Verwaltungswissenschaft, Philosophie und Pädagogik. Man kann an der Universität 117 Studienfächer im Grundstudium studieren; in 185 Fächern kann man den Magister machen, in 77 Fächern promovieren; außerdem gibt es elf Institute, an denen Postdoc-Forschung betrieben wird. An der Universität sind elf staatliche Schwerpunktwissenschaften vertreten und fünf staatliche Schwerpunktlabore und Fachlabore angesiedelt. Ferner gibt es dort zwei Forschungszentren für Ingenieurwesen. An der Universität wurden sechs staatliche Schwerpunktforschungszentren für Geisteswissenschaften errichtet oder wiedererrichtet. Darüber hinaus bestehen an der Universität Wuhan sieben Stützpunkte für die Ausbildung von Fachleuten auf Staatsebene. Die Zahl der dort lehrenden Professoren und Dozenten beträgt über 3.000, die Zahl der Studenten 40.000, darunter gut 6.000 Postgraduierte. Die Führungspositionen an der neuen Universität